

Was in Schulbüchern für die einen sachliche Information ist, ist für andere bereits Propaganda

Laut Gesetz muss der Unterricht politisch und konfessionell neutral sein – Bürgerliche sehen diesen Grundsatz zu wenig beachtet

ZENO GEISSELER

Schulkinder sind ein perfektes Publikum für die politische Indoktrination. Sie sind leicht beeinflussbar, und die Teilnahme am Unterricht ist Pflicht. Kein Wunder, nutzen Länder wie China die Schulen als Plattformen für die Verbreitung von Propaganda. Wie der britische «Economist» berichtet hat, erhalten alle Schülerinnen und Studenten an chinesischen Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Universität zum neuen Schuljahr Textbücher über das Gedankengut des Staats- und Parteichefs Xi Jinping.

Von solchen Verhältnissen ist die Schweiz sehr weit entfernt. Doch auch hierzulande sollen Kinder für die Anliegen aller möglichen Interessenverbände sensibilisiert werden. Die Umweltorganisation WWF bietet kostenlose Schulbesuche an, wobei die Inhalte sogar an den Lehrplan 21 angepasst sind. Das Hilfswerk Helvetas stellt Themenvorschläge für Maturarbeiten bereit. Der Verband Schweizer Medien bietet ein Online-Lehrmittel und Klassensätze von Zeitungen an, ebenfalls gratis.

Auf dem Papier neutral

Während diese Angebote optional sind, haben andere Organisationen gleich einen festen Platz in Schulbüchern gefunden. Vor drei Jahren berichtete die NZZ darüber, wie die Positionen der Gewerkschaft



Zwei Schüler studieren eine historische Europakarte: Ist das noch Wissensvermittlung oder schon Indoktrination?

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

Unia in einem Lehrmittel für die Sekundarstufe I ausführlich gewürdigt wurden. In der Folge reichten drei bürgerliche Mitglieder des Zürcher Kantonsrats zwei parlamentarische Initiativen ein. Sie verlangten eine Anpassung des Bildungs-, des Volksschul- und des Lehrmittelverlagsgesetzes. In diesen Gesetzen sollte die politische und konfessionelle Neutralität der Schule und ihrer Lehrmittel besser verankert werden.

Nur: Braucht es das überhaupt? Nach Ansicht der Kommission für Bildung und Kultur nicht. Sie argumentiert, dass schon heute in der Kantonsverfassung und im Bildungsgesetz festgehalten sei, dass die Schulen politisch und konfessionell neutral zu sein hätten. Zudem sei der Kanton nur für die Lehrmittel zuständig, die im eigenen kantonalen Lehrmittelverlag erschienen. Welche weiteren Lehrmittel im Unterricht zum Ein-

satz kämen, liege in der Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer. Die Lehrpersonen seien schon heute verpflichtet, den Unterricht politisch und konfessionell neutral zu gestalten. In der Praxis gebe es keine Probleme.

Gipfeli nach Trumps Abwahl

Im Kantonsrat wehrten sich am Montag die Bürgerlichen für die beiden Initiativen. «Wir sind nicht der Meinung, dass der Grundsatz der Neutralität in der Volksschule bereits gelebt wird», sagte Benjamin Fischer (svp., Volketswil). Es gebe diverse Beispiele, wie Themen gerade aus Wirtschaft und Gesellschaft sehr einseitig besprochen würden und der Unterricht ideologisch gefärbt sei. Nach der Abwahl Donald Trumps etwa hätten Lehrkräfte an der Kanti Wetzikon zur Feier des Tages Gipfeli verteilt, sagte der Präsident der Zürcher SVP.

Marc Bourgeois (fdp., Zürich), einer der Initianten, ergänzte, die Volksschule sei nicht automatisch neutral, nur weil das so in der Verfassung stehe. In gewissen Schulhäusern werde gelehrt, dass die SVP eine unwählbare und rechtsextreme Partei sei. «Die Linke ist sehr sensibel, aber nur dann, wenn es nicht in ihr eigenes Narrativ passt», sagte Bourgeois.

Das liess die angesprochene Linke nicht auf sich sitzen. Thomas Forrer (gp., Erlenbach) konterte, dass in den kritisierten Lehrmitteln auch Beispiele für eine bürgerliche Weltansicht zu finden

seien. Die beiden Initiativen seien, um mit Shakespeare zu sprechen, «viel Lärm um nichts». Auch Stimmen aus den Schulen meldeten sich. Hanspeter Hugentobler (evp., Pfäffikon) sagte, er habe in seinen neunzehn Jahren in einer Schulbehörde noch nie ein Problem mit unausgewogenem Schulstoff gehabt. Die Neutralität sei klar verankert. Anders sah es Matthias Hauser (svp., Hüntwangen), der als Sekundarlehrer arbeitet. «Pri-



Silvia Steiner
Bildungsdirktorin

vate Organisationen legen ihre Broschüren im Lehrerzimmer auf in der Hoffnung, dass die Lehrer die Themen aufgreifen», sagte er.

Die Bildungsdirktorin Silvia Steiner (mitte.) sah im Gegensatz zu den Initianten und ihren Unterstützern ebenfalls keinen Anlass für eine Gesetzesänderung. Der Unterricht müsse heute schon politisch und konfessionell neutral gestaltet werden, sagte sie. Der Kantonsrat folgte ihr. Mit jeweils 92 zu 74 Stimmen wurden die beiden parlamentarischen Initiativen abgelehnt.